Ehrungen

Subversive Aktion

Bewohner des brandenburgischen Luckenwalde wehren sich gegen die postume Auszeichnung ihres berühmten Sohnes Rudi Dutschke.

Weimar hat es gut getroffen. Die Stadt kann sich schmücken mit dem Ruhm ehemaliger Einwohner, mit Goethe, Schiller und Liszt. Wittenberg immerhin nennt sich Lutherstadt; Halle hat Händel, Genscher gab es nach der Wende dazu.

Luckenwalde aber ging leer aus. Die kleine Industriestadt, 40 Kilometer südlich von Berlin gelegen, hat noch keinen offiziellen Patron.

In den fünfziger Jahren rühmte man sich dort des Filzhutes von Nikita Chruschtschow, der stammte angeblich aus einer Luckenwalder Fabrik. Als Leonid Breschnew 1964 die Macht in Moskau übernahm, war das ein alter Hut.

Den berühmtesten Sohn Luckenwaldes möchten die Einwohner auch 15 Jahre nach seinem Tod am liebsten vergessen. 12 Jahre ging Rudi Dutschke hier zur Schule, der spätere Bürgerschreck. Im Sommer 1960 entschwand er nach West-Berlin, um Revolution zu machen. Soll man ihn etwa ehren?

„Das sind wir ihm schuldig“, sagt Helmut Dutschke, Bruder des Sozialisten, der 1979 an den Spätfolgen eines Attentats starb, bei dem ihn, im April 1968, ein Rechtsradikaler mit einem Kopfschuß schwer verletzt hatte. Seit anderthalb Jahren setzt sich Dutschke, der mit seinen Eltern und den anderen drei Brüdern von der DDR aus den Aufstieg des Jüngsten im Westfernsehen verfolgte, für ein Zeichen öffentlicher Anerkennung ein.

Vorvergangene Woche jedoch lehnte der Bildungsausschuß des Teltow-Fläming-Kreises es ab, im Luckenwalder Gymnasium eine Gedenktafel für den Studentenführer aufzuhängen. „Die 68er-Bewegung gehört zu Westdeutschland“, glaubt Rektor Michael Kohl, „was haben wir damit zu tun?“

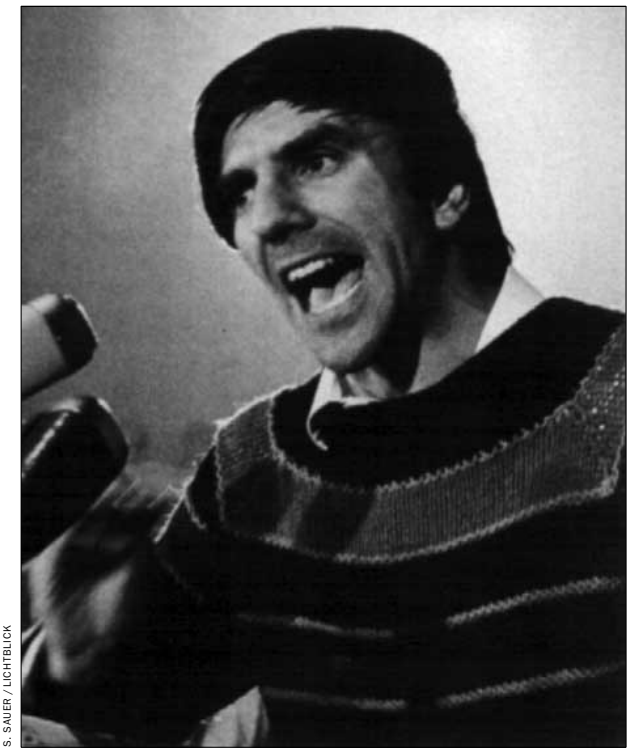
Mehr, als er ahnt. Rudi Dutschke durfte in der DDR nicht studieren, weil er im Jahr 1957 als Pennäler vor 150 Schülern und Lehrern in der Aula des Ost-Gymnasiums eine tapfere Rede gehalten hatte. Der Oberschüler, damals 17, plädierte für die Wiedervereinigung und gegen den Dienst in der Nationalen Volksarmee. Über 15 Minuten lang sprach er ruhig und konzentriert, dann gab es, zum Ärger des damaligen Direktors, großen Applaus.

An jenen ersten politischen Auftritt vor Publikum soll nun, so wollen es Bruder Helmut und alte Dutschke-Genossen, die Gedenktafel in der Aula erinnern. Doch Schulleiter Kohl glaubt, der Revoluzzer sei ein schlechtes Vorbild für die Schüler. „Als der Ho Tschi-minh auf dem Ku’damm gerufen hat, sind die Russen in Prag einmarschiert“, empört Kohl sich.

Dutschke hatte den Überfall der Sowjets auf Dubcěks sanften Sozialismus jedoch hart gegeißelt. Immer wieder setzte er auch später die deutsche Frage auf die Tagesordnung der Bewegung. Seine erste subversive Aktion richtete sich, am 14. August 1961, gegen die Mauer. Zusammen mit anderen Studenten hatte er per Enterhaken versucht, ein Stückchen Beton aus dem sogenannten Schutzwall zu brechen. Das Seil riß, die Mauer stand noch 28 Jahre.

Solch deutsch-deutsche Details kümmern Schuldirektor Kohl wenig: „Sollen wir in Luckenwalde dafür büßen, daß man im Westen auf Dutschke geschossen hat?“





S. SAUER / LICHTBLICK

Rektor Kohl, Polit-Aktivist Dutschke*: „Was haben wir damit zu tun?“



* Oben: 1967; unten: mit Schulklasse 1957 in Luckenwalde (2. v. r.).

Den Antrag von Bruder Helmut hat der Beamte Kohl nach bester Bürokratenmanier verwässert: Anstelle der Gedenktafel, schlug er vor, solle eine Ehrengalerie „für alle wichtigen Ex-Schüler“ im Gymnasium aufgehängt werden.

Eifriges Forschen setzte ein, um einen ebenbürtigen Ehrenkandidaten zu finden, denn Dutschke soll keinesfalls allein an der Wand hängen. Nun ist Direktor Kohl auf einen jüdischen Mathematikprofessor namens Hans Freudenthal gestoßen, der ebenfalls ein Schüler des Gymnasiums war. „Der hat es doch auch zu was gebracht“, sagt Kohl.

Die CDU-Politikerin Susanne Michler, gleichfalls im Bildungsausschuß des Kreises, möchte die Luckenwalder Ahnentafel am liebsten noch um ein paar tausend Figuren erweitern. „Vielleicht müßte man ja auch mal die ehren, die in der DDR geblieben sind“, meint sie.

Unterstützung bekommt die Familie Dutschke derweil vom Bürgermeister der Nachbargemeinde Nuthe-Urstromtal. Der Sozialdemokrat Wienand Jansen, ein gebürtiger Westdeutscher, ist auch für den Flecken Schönefeld zuständig: In diesem Nachbardorf von Luckenwalde wurde Rudi Dutschke 1940 geboren.

Die Jugendgruppe des Ortes, berichtet Jansen stolz, betreibe schon seit längerem Dutschke-Forschung. Dabei soll es nicht bleiben: „Rudi-Dutschke-Straße klingt doch besser als Feldstraße“, sagt der Bürgermeister begeistert. ❑

Wohnungsbau

Stille Reserve

Tausende von Schwarzbauten in der Republik sollen abgerissen werden – Naturschutz geht vor Wohnungsnot.

Im nördlichsten Zipfel der Lüneburger Heide, vor den Toren Hamburgs, liegt das Örtchen Garstedt: 1209 Einwohner, schmucke Backsteinhäuschen, umgeben von Wald und Heide.

Ein paar Kilometer vom Ort entfernt, im Garstedter Wald, lebt es sich noch beschaulicher: Verstreut im Landschaftsschutzgebiet stehen 48 Häuser – mit eigenen Brunnen und Kläranlagen.

Mit der Idylle soll es bald vorbei sein: Die meisten Eigenheime gibt es zwar schon seit Jahrzehnten, errichtet aber wurden sie oft ohne Baugenehmigung. Deshalb, so das zuständige Bauamt, sollen die Unterkünfte weg. Zwei Hausbesitzer haben schon eine Abbruchverfügung erhalten, acht weitere sind angekündigt.

Hunderttausende solcher Schwarzbauten wurden seit dem Krieg überall in der Bundesrepublik hochgezogen. Mit wachsendem Wohlstand kamen andere Bauten dazu, peu à peu klammheimlich ausgebaute Wochenendhäuschen und ganze, etwas außerhalb der Legalität angelegte Feriensiedlungen.

Angesichts der vor allem in Ballungsgebieten steigenden Mieten bilden diese Hütten und Häuser eine stille Reserve, die den Wohnungsmarkt entlastet. Allein in Niedersachsen fehlen laut amtlichen Hochrechnungen bis zum Jahr 2000 rund 450 000 preiswerte Wohnungen. Bundesweit wird der Bedarf auf bis zu drei Millionen Unterkünfte geschätzt.

Jahrzehntelang haben Städte und Gemeinden den Wildwuchs denn auch stillschweigend geduldet. Doch mittlerweile gelten andere Werte. „Der Naturschutz“, sagt Norbert Portz vom Deutschen Städtetag, „hat in den letzten Jahren Vorrang bekommen.“

Franz Breitruck etwa, Leiter des Stuttgarter Bauamtes, entrüstet sich, „daß einzelne zerstören, was für alle da ist“. Rund um die Schwaben-Metropole will Breitruck etwa 5000 Schwarzbauten entfernen lassen.

Die Abbruch-Beamten können sich auf eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen berufen. Der sogenannte Außenbereich der Städte ist besonders geschützt, in zahllosen Bauvorschriften ist penibel geregelt, was dort stehen darf – und was nicht.

Die harte Linie werden besonders die Ostdeutschen spüren. In 40 DDR-Jahren ist dort eine ausgedehnte Datschen-Kultur entstanden. Die Schrebergärten hatten viele Ostdeutsche liebevoll zu ganzjährig bewohnbaren privaten Fluchtburgen ausgebaut.

Nicht überall sind die Behörden bisher so rigide wie in Garstedt oder Stuttgart. In Rheinland-Pfalz etwa hat das zuständige Finanzministerium der Obrigkeit Zurückhaltung auferlegt. In Nordrhein-Westfalen dagegen wollen die Behörden „zukünftig verstärkt repressiv“ gegen Schwarzbauten einschreiten.

Den Garstedtern, die in einer Initiative zusammen mit ihrem Bürgermeister Peter Purwins gegen die Abbruchpläne streiten, dürfte auch die ihrer Ansicht nach unklare Rechtslage kaum helfen. Die Schwarzsiedler berufen sich zum Teil auf eine Notverordnung aus Kriegszeiten. Damals, als viele Hamburger nach Bombenangriffen obdachlos wurden, gab die Stadtverwaltung Baukarten für das Umland aus. Die galten zugleich als formlose Baugenehmigung und als Bezugschein für Zement.

Doch mittlerweile ist den Behörden eingefallen, daß die Siedlung „Im weißen Sande“ in einem schon 1936 ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet liegt – da sei für die Schwarzbauten kein Platz. ❑



F. HOLLANDER / DIAGONAL

Schwarzbau-Schützer Purwins*: Private Fluchtburg

* Vor einem vom Abriß bedrohten Haus in Garstedt.